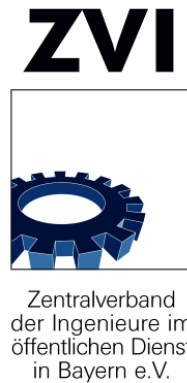


# Neues Dienstrecht Bayern – Bayerische Staatsregierung degradiert Ingenieure zu Abiturienten



**München, 07.10.2009:**

Obwohl der **BBB-Vorsitzende Rolf Habermann** bei der Expertenanhörung zum Entwurf des neuen Bayerischen Dienstrechts bereits bei seinem Eingangsstatement deutlich hervorhob, dass die Ingenieurverbände des gehobenen technischen Dienstes mit dem Entwurf zum neuen Dienstrecht - zurecht - nicht zufrieden seien, wurde offenkundig, dass Diplom-Ingenieure (FH) von der Staatsregierung weiterhin unterschätzt werden. Entgegen immer wieder im Rahmen der Dienstrechtsreform in Aussicht gestellter Verbesserungen sollen Diplom-Ingenieure (FH) bei der Einstellung in den öffentlichen Dienst trotz ihres mindestens **4-jährigen** Studiums mit Abiturienten bzw. Fachabiturienten in einen Topf geworfen werden.



Von links: Prof. Dr. Huber, BBB-Vorsitzender Habermann, MDgt Hüllmantel, Ausschussvorsitzende Heckner, Prof. Dr. Barfuß, RA Gütler, Fr. Voigt (DGB) sowie Prof. Dr. Möstl

Die anwesenden Verwaltungsrechtsexperten **Prof. Dr. Huber** (LMU München) und **Prof. Dr. Möstl** (Universität Bayreuth) halten diese für jedermann offensichtliche Benachteiligung im Hinblick auf den großen Ermessensspielraum des Gesetzgebers bei

der Ausgestaltung des neuen Dienstrechts für verfassungsrechtlich unbedenklich, wobei aber Professor Huber in Frage stellt, ob das Eingangsamt für Bachelor und folglich auch Dipl.-Ing. (FH) angesichts neuer Entwicklungen im Hochschulbereich noch angemessen ist. Erstaunlicherweise hat für beide Experten dieser große Ermessensspielraum bei der Verteidigung der Privilegien universitär ausgebildeter Bewerber beim Zugang zur künftigen 4. Qualifizierungsebene (bisheriger höherer Dienst) keine Bedeutung. Hier wäre es nach ihrer Meinung verfassungsrechtlich sehr kritisch zu beurteilen, wenn Bewerber/Aufsteiger nicht über eine universitäre oder nachgewiesene gleichwertige Qualifikation verfügen.

**BTB-Vorsitzender Max Feichtner** trug vor, dass sich der Abstand der künftigen 4. Qualifizierungsebene (Eingangsamt A13) zum Eingangsamt A10 von Diplom-Ingenieuren (FH) von derzeit 800 € auf rd. 1.100 € vergrößere. Er erläuterte, dass Diplom-Ingenieure (FH) über eine deutlich längere Ausbildung verfügten als verwaltungsintern ausgebildete Beamte und im Gegensatz zu diesen während ihres Studiums keine Bezüge erhielten, sondern im Regelfall zu Beginn ihrer aktiven Dienstzeit wegen des selbst vorfinanzierten Studiums erhebliche Bafög-Schulden und damit einen deutlich schlechteren Start ins Leben hätten.

**ZVI-Vorsitzender Rüdiger Lexau** wies darauf hin, dass die Berufsanerkennungsrichtlinie der EU eindeutig darauf hinweise, dass Diplom-Ingenieure (FH) den uneingeschränkten Zugang zur 4. Qualifizierungsebene erhalten müssten.

#### **MDgt Hüllmantel (StMF)**

widersprach dem BTB-Vorsitzenden Feichtner, in dem er behauptete, dass zwischen dem Lebenseinkommen von verwaltungsintern ausgebildeten Beamten des gehobenen Dienstes, extern ausgebildeten Beamten des gehobenen technischen Dienstes und Beamten des höheren Dienstes kaum Unterschiede feststellbar seien. Es sei halt einfach so wie in der Privatwirtschaft, dass derjenige, der früher Einkommen erziele, einen Vorsprung habe, der von den erheblich länger ausgebildeten kaum mehr aufgeholt werden könne. **Hüllmantel** räumte ein, dass über die Zunahme des Einkommensunterschieds nochmals geredet werden müsse.



ZVI-Vorsitzender Rüdiger Lexau (stehend); VIV-Vorsitzender Willy Renoth (links vorne) sowie der VIL-Vorsitzende Karl-Heinz Schöfer (eine Reihe versetzt dahinter)

Der **stellv. ZVI-Vorsitzende Christian Drexel** widersprach MDgt Hüllmantel, in dem er klarstellte, dass das StMF selbst errechnet habe, dass das Lebenseinkommen eines verwaltungsintern ausgebildeten Verwaltungsinformatikers deutlich höher sei als das eines Diplom-Ingenieurs (FH). Er verwies auch darauf, dass diese Berechnung zu diesem Ergebnis komme, obwohl sie unprofessionell die Kapitalisierung nicht berücksichtige und zudem praxisfern unterstelle, dass jeder Diplom-Ingenieur (FH) die Spitzenämter A13 sowie A13 + AZ erreiche. **Drexel** stellte auch klar, dass das Studium zum Diplom-Ingenieur (FH) genauso lang dauere wie das Studium zum

Juristen und dass Diplom-Ingenieure (FH) - im Gegensatz zu Juristen - ihre wissenschaftliche Qualifikation im Rahmen einer Diplomarbeit nachweisen würden. Lediglich das bei Juristen vorgeschriebene Referendariat sei seit 1994/95 ein Jahr länger. Damit liege kein Grund dafür vor, dass Juristen im Eingangsamt A13, Diplom-Ingenieure (FH) jedoch nur im Eingangsamt A10 eingestuft würden.

**ZVI-Kassenleiter Herbert Baumgartner** ergänzte, dass bei der Reform des Dienstrechts auch die Signalwirkung für die Wirtschaft und die Studenten nicht übersehen werden dürfe. Obwohl die Unterzeichnerstaaten der Erklärung von Bologna davon ausgingen, dass Bachelorabschlüsse künftig die Regelabschlüsse sein werden, würden viele Studierende mit diesem Abschluss aus Angst vor beruflichen Nachteilen zusätzlich einen Masterabschluss erwerben. Dies sei im Hinblick auf die angestrebte Verkürzung von Studienzeiten kontraproduktiv und schade dem Wirtschafts- und Studienstandort Bayern sowie der Volkswirtschaft. Er betonte auch, dass eine Qualifikation nicht länger an einem einmal erworbenen Studienabschluss festgemacht werden dürfe, da in der gegenseitigen Anerkennung von Berufsqualifikationen innerhalb der EU festgelegt sei, dass berufliche Bildung die gleiche Wertigkeit wie universitäre Bildung habe. Zudem sei nachgewiesen, dass die Halbwertszeit von erworbenem Wissen in der schnelllebiger gewordenen Informationsgesellschaft bei weniger als 5 Jahren liege. Er forderte deshalb, die modulare Qualifizierung auch auf die 4. Qualifizierungsebene auszudehnen.

**MDgt Hüllmantel** erwiderte, dass man die Entwicklung der Bachelorabschlüsse genau beobachten müsse. Diese seien offenkundig deutlich weniger wert als Abschlüsse zum Diplom-Ingenieur (FH). Man müsse sich deshalb zu gegebener Zeit überlegen, wie man damit umgehe.

**Ausschussvorsitzende Ingrid Heckner** leitete die Anhörung mit Bravour und großem Überblick. Sie betonte mehrfach, dass es der Staatsregierung und den Regierungsfractionen in besonderem Maße auf eine gute Zusammenarbeit mit den Verbänden und auf die Glaubwürdigkeit der Politik ankomme. Deshalb seien bereits die Eckpunkte gemeinsam erarbeitet worden und sollen nun auch umgesetzt werden. Mehrfach

betonte sie, dass das Reformwerk in ganz Deutschland für Aufsehen Sorge und sehr gelobt werde.



Ausschussvorsitzende Ingrid Heckner sowie Prof. Dr. Georg Barfuß

### **Fazit:**

Bei der Bewertung der Anhörung bekommt man den Eindruck, dass die Reformmacher des Finanzministeriums dem Laufbahnprotektionismus der Verbände des höheren Dienstes keine Schranken setzen, was aber aufgrund einer latenten Alumni-Verbundenheit nicht weiter verwundert. Die Uni-Lobby geht sogar so weit, ihre Abschottungsbestrebungen mit einem Eigengutachten (Prof. Pechstein) zu bekräftigen.

Es ist schon erstaunlich, dass die Experten hier von Gutachten sprechen, wo doch sonst jedes Gutachten nach seinem Auftraggeber hinterfragt wird.

Für Diplom-Ingenieure (FH) bleibt nun zu hoffen, dass sich die von Frau Heckner betonte neue Glaubwürdigkeit der Politik auch auf sie erstreckt. Dem Vorstand des ZVI Bayern wurde in Zeiten der Zuständigkeit des Bundes von der Staatsregierung immer wieder gesagt: „**Wir würden ja handeln, aber leider liegt die Zuständigkeit beim Bund!**“ Sowohl die CSU als auch die FDP haben sich in der Vergangenheit im Landtag und auf Bundesebene für das Eingangsamt A12 für Diplom-Ingenieure (FH) eingesetzt. Die FDP hat sich in ihrer Antwort auf die Wahlprüfsteine des ZVI Bayern sogar für das Eingangsamt A13 für Diplom-Ingenieure (FH) ausgesprochen. Auch Frau Heckner hat mehrfach zu erkennen gegeben, dass sie großes Verständnis für die Forderungen der Ingenieurverbände des gehobenen technischen Dienstes habe und dass sie hier Handlungsbedarf sehe.

Der ZVI Bayern wird sich zusammen mit dem BTB intensiv im Rahmen von Parlamentarischen Abenden, Arbeitsfrühstücken und Gesprächen mit Parlamentariern dafür einsetzen, dass die Dienstrechtsreform auch für Diplom-Ingenieure (FH) ein Jahrhundertwerk wird. Sollte dies nicht gelingen oder sogar eine Abwertung des Eingangsamts für Absolventen mit Bachelorabschlüssen kommen, müsste der ZVI Bayern neue Bewerber vor der Karrierefalle "Öffentlicher Dienst in Bayern" warnen.